Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss

Petition 203397

Regelungen zur Altersrente - Keine Erhöhung des Renteneintrittsalters

Text der Petition	Der Deutsche Bundestag möge beschließen, von einer weiteren Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters über 67 Jahre abzusehen und stattdessen alternative Maßnahmen zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung zu prüfen.
Begründung	Die derzeit geführte Diskussion über eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters wird mit der steigenden Lebenserwartung und den demografischen Veränderungen begründet. Diese Herausforderungen sind unbestritten. Eine pauschale Verlängerung der Lebensarbeitszeit stellt jedoch aus meiner Sicht keine ausgewogene und gerechte Lösung dar. Beschäftigte in körperlich oder psychisch besonders belastenden Berufen erreichen das Rentenalter häufig mit gesundheitlichen Einschränkungen. Pflegekräfte, Beschäftigte im Handwerk, im Baugewerbe, so wie viele weitere Berufsgruppen leisten über Jahrzehnte hinweg schwere Arbeit. Für sie bedeutet eine weitere Anhebung des Rentenalters oftmals nicht mehr Jahre in Beschäftigung, sondern längere Zeiten von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Rentenabschlägen. Die gesunde Lebenserwartung und die tatsächlichen Erwerbschancen unterscheiden sich erheblich zwischen verschiedenen Berufsgruppen und sozialen Schichten. Eine einheitliche Anhebung des Renteneintrittsalters würde diese Unterschiede außer Acht lassen und insbesondere diejenigen benachteiligen, die bereits ihr gesamtes Berufsleben unter körperlich oder psychisch anspruchsvollen Bedingungen gearbeitet haben. Weiterhin berücksichtigt eine pauschale Anhebung des Renteneintrittsalters nicht, dass Menschen zu sehr unterschiedlichen Zeitpunkten in das Berufsleben eintreten. Wer bereits mit 16 oder 17 Jahren eine Ausbildung beginnt und anschließend durchgehend arbeitet, hat bis zum Renteneintritt oftmals rund 50 Berufsjahre hinter sich. Es erscheint weder sachgerecht noch gerecht, von diesen Menschen eine weitere Verlängerung ihrer Lebensarbeitszeit zu verlangen. Darüber hinaus erwarten viele Bürgerinnen und Bürger, dass grundlegende sozialpolitische Entscheidungen verlässlich bleiben. Zahlreiche Menschen haben ihre persönliche Lebens-, Berufs- und Finanzplanung auf Grundlage des bereits geltenden Renteneintrittsalters ausgerichtet. Eine erneute Anhebung würde dieses Vertrauen in die Planbarkeit staatlicher Entscheidungen erheblich beeinträchtigen. Die langfristige Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung ist zweifellos eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie sollte jedoch nicht überwiegend durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit gelöst werden. Stattdessen sollten verschiedene Maßnahmen geprüft werden, zum Beispiel bessere Rahmenbedingungen für längeres freiwilliges Arbeiten sowie weitere Reformen der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung.

Ich bitte den Deutschen Bundestag daher, auf eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters zu verzichten.